

ENERGIESICHERHEIT IN DER SCHWEIZ



Politische Lösungen für Wohlstand und Innovation

Geschrieben von:

Dr. Emil Panzaru, Frederic Jollien, Frederik Roeder, Bill Wirtz, Luca Bertolotti

Zusammenfassung

Der vielfältige und stabile Energiesektor, die Erschwinglichkeit und die Energiesicherheit der Schweiz laufen zunehmend Gefahr, durch vorgeschriebene «Fahrpläne» zur Dekarbonisierung der Wirtschaft gefährdet zu werden. Das kürzlich in einer [Volksabstimmung angenommene Gesetz für «Klima und Innovation»](#) zeigt, dass sich Schweizer Konsumenten und die Industrie auf höhere Kosten und weniger Wettbewerbsfähigkeit einstellen müssen. Deutschlands umstrittene Energiepolitik in Richtung Dekarbonisierung und Denuklearisierung sollte der Schweizer Politik eine Warnung sein.

Das Consumer Choice Center hat in diesem Bericht den Energiemarkt der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die damit verbundenen Richtlinien analysiert. Unsere Empfehlungen werden Entscheidungsträgern und Konsumenten dabei helfen, einen Regulierungsrahmen zu schaffen, der in der Lage ist, sich an neue Herausforderungen anzupassen, unabhängig davon, ob es sich um externe Probleme (die durch die illegale russische Invasion in der Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen verursachten Versorgungsengpässe) oder um interne Anforderungen zur Bekämpfung des Klimawandels (zunehmende Forderungen nach geplanten Massnahmen) handelt. Das ultimative Ziel besteht darin, sicherzustellen, **dass Konsumenten von günstiger Stromversorgung und vielfältigen Auswahlmöglichkeiten durch Produktdifferenzierung und die Öffnung des Strommarktes profitieren** und die

Vorteile zukünftiger Innovationen geniessen.

Unsere Studie beginnt mit Hintergrundinformationen zur jüngsten und aktuellen Energiesituation in der Schweiz, bevor wir die vorherrschenden politischen Mentalitäten im Land diskutieren und erklären, warum diese nicht mit den Realitäten des Schweizer Marktes übereinstimmen. Dabei veranschaulichen wir die anhaltende Bedeutung importierter Öl- und Erdgasimporte für die Schweiz, welche die Hälfte des gesamten Schweizer Bedarfs decken, und warum allgemeine Importe fossiler Brennstoffe für jeden Energiewendeplan von entscheidender Bedeutung sind. Anschliessend geht der Bericht ausführlicher auf den Schweizer Energiemarkt ein. Wir betonen die wesentliche Rolle der Kernenergie und die Bedeutung der Technologieneutralität bei den Fahrzeugvorschriften.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger dringend auf, Märkte durch Preissignale, technologische Innovation und Resilienz zu öffnen. Dies sollte durch mehr Wahlmöglichkeiten und nicht durch feste Ziele für Emissionsreduktion geschehen. In praktischer Hinsicht erkennt das Consumer Choice Center die Bedeutung von Energieimporten, Technologieneutralität und Kernenergie an. Zeitpläne für die Energiewende sollten nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern von der technologischen und wirtschaftlichen Machbarkeit bestimmt werden. Wir empfehlen, ein diversifiziertes Importportfolio beizubehalten, die Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke bis 2044 zu überprüfen und die Nichtdiskriminierung verschiedener Technologien zu praktizieren.

Einführung

Schweizer Konsumenten und politische Entscheidungsträger sollten die beeindruckende Erfolgsbilanz des Landes bei der Erzeugung, dem Import und der Bereitstellung von Energie für Unternehmen und Haushalte erkennen und fortführen. Dies ist gleichbedeutend mit dem hohen Wohlstandsniveau der Schweiz. Die Schweiz hat das [das sauberste Stromerzeugungssystem](#) aller 31 Länder der Internationalen Energieagentur (IEA) mit dem geringsten Kohlendioxidausstoss pro Kilowatt erzeugter Energie.

Darüber hinaus ist der Schweizer Energieverbrauch bereits vom Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum «entkoppelt», was die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum untrennbar mit mehr Umweltverschmutzung verbunden ist, zunichte macht (und die empirischen Behauptungen der [Degrowth](#)-Befürworter widerlegt). Obwohl die Schweizer Bevölkerung seit 2000 [um 15 % gewachsen ist](#) und die Wirtschaft gemessen in Kaufkraftparität ein BIP-Wachstum von knapp 32% verzeichnet, [sind die gesamten CO2-Emissionen der Schweiz von 1990 bis 2020 um 18,3 % zurückgegangen](#).

Langfristige Komplikationen verdunkeln jedoch den Horizont: Einerseits sind die Forderungen nach Klimaschutzmassnahmen im Laufe der Zeit nur gewachsen. Der Bund hatte bereits Klimaziele im Rahmen des Kyoto-Protokolls und national festgelegte Beiträge im Rahmen des Pariser Abkommens verabschiedet und sich zu einer [Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20 % bis 2020 und um 50% bis 2030](#) auf Werte, die zuletzt 1990 erreicht

wurden, verpflichtet. Dennoch haben am 21. Mai 2017 die Schweizer Stimmberechtigten [das revidierte Bundesenergiegesetz verabschiedet](#) auf Grundlage des [Energiestrategie \(ES\) 2050-Plans](#), der darauf abzielt, die Kohlenstoffemissionen pro Kopf bis 2050 durch den Einsatz erneuerbarer Energien um eine bis 1,5 Tonnen zu reduzieren und den Einsatz importierter fossiler Brennstoffe weiter einzuschränken. Die Energiestrategie beinhaltet auch die Abschaltung aller vier aktiven Kernkraftwerke der Schweiz, die Bereitstellung von Investitionshilfen für erneuerbare Industrien und die Erhebung erneuerbarer Energien in den Status von Sektoren von nationalem Interesse. Am 18. Juni 2023 [stimmten die Schweizer Stimmberechtigten dem Klima- und Innovationsgesetz zu](#) und verankerten damit das Ziel der CO₂-Neutralität bis 2050 sowie finanzielle Entschädigungen für Konsumenten zur Reduzierung des Energieverbrauchs fossiler Brennstoffe und Subventionen für Unternehmen zur Förderung klimafreundlicher Technologien in Höhe von 1,2 Milliarden Franken über einen Zeitraum von sechs Jahren.

Andererseits haben der Einmarsch Russlands in der Ukraine und die Sanktionen des Westens den europäischen Energiemarkt auf den Kopf gestellt, mit erheblichen Folgewirkungen für die Schweiz. Vor dem 24. Februar 2022 kamen 43% aller Gasimporte indirekt aus Russland über französische und deutsche Zwischenhändler. Die Regierung [hat darauf reagiert](#), indem sie die Beschaffung von Flüssigerdgas aus Drittländern verstärkt, die Speicherkapazität erhöht und auf kartellrechtliche Massnahmen verzichtet hat, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, gegenseitige Vereinbarungen über die Versorgung zu treffen. Im Jahr 2024 könnten die Strompreise für Schweizer Konsument-

en aufgrund der anhaltenden Krise der Lebenshaltungskosten in ganz Europa und der zunehmenden Herausforderungen bei der Beschaffung und Speicherung [für jeden Haushalt auf 30 Rappen pro Kilowattstunde](#) steigen. Zum Vergleich: im Jahr 2020 betragen die Kosten pro Kilowattstunde für einen Haushalt mit einem Verbrauch von 4'500 Kilowattstunden pro Jahr gerade einmal [20 Rappen](#), was einer Preissteigerung von 50 % innert vier Jahren entspricht.

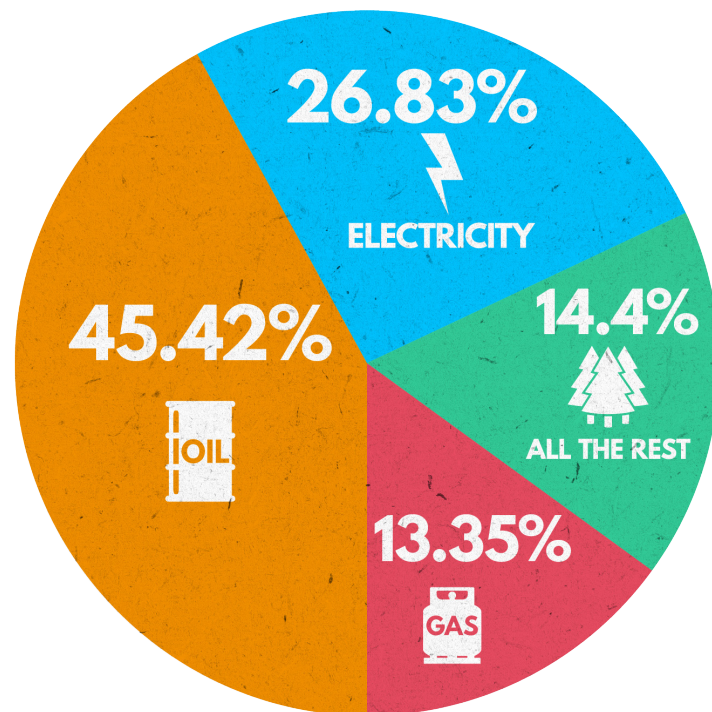
Günstige und reichlich vorhandene Energie ist eine Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und ermöglicht es den Konsumenten, Geld für andere Güter auszugeben. Im zweijährig [erscheinenden «Länderindex Familienunternehmen»](#) belegte die Schweiz im Jahr 2008 in der Energie-Wettbewerbsfähigkeit den 4. Platz, im Jahr 2022 jedoch nur den 15. Platz. Im gleichen Zeitraum fiel Deutschland von Rang 11 auf 18 zurück.

Bisher wurde [die Denkweise der Schweizer Regulierungsbehörden](#) vom [Standardmodell des natürlichen Monopols](#) bestimmt, bei dem ein einziger Anbieter Strom zu sinkenden Kosten liefert, sobald der Anbieter die Vorabgebühren für die Installation von Stromleitungen und den Bau von Generatoren bezahlt hat. Die Schweizer Energiewirtschaft befindet sich überwiegend ([zu 90%](#)) in staatlicher Hand, mit hohen Eintrittsbarrieren und gebundenen Konsumenten sowie enormen Subventionen. Das [Ergebnis der Referendumsabstimmung vom 18. Juni](#) ebnet den Weg für eine präskriptive Energiepolitik, die Fristen vorschreibt, bis zu denen bestimmte Bereiche der Wirtschaft CO₂-neutral sein müssen.

Die ES 2050 empfiehlt den Ausstieg aus der Kernenergie zugunsten anderer CO₂-neutraler Energiequellen, wenn Wind-, Solar- oder Wasserkraft die Kernenergie bestenfalls teilweise ersetzen können. Wir empfehlen, alte Ideen zugunsten eines dynamischen Regulierungsdenkens aufzugeben, das auf offenem Wettbewerb und Marktsignalen, technologischer Neutralität, Resilienz und Fortschritt durch Auswahl und Entdeckung basiert. In Bezug auf die Energiepolitik unterstreichen wir die Bedeutung des Imports fossiler Brennstoffe für die Schweizer Wirtschaft, die Aufrechterhaltung der Kernkraft am Netz, die Nichtdiskriminierung technischer Alternativen und die internationale Integration als Weg zu leicht verfügbarer, günstiger, reichlich vorhandener, innovativer und vielfältiger Energie für alle.

Schweizer Energiepolitik und Importe fossiler Brennstoffe

Fossile Brennstoffe aus dem Ausland sind für den Energiebedarf der Schweiz unerlässlich. Insgesamt verbraucht das Land rund 225 Terawattstunden Energie. Fertige Erdölprodukte für Transport und Heizung machen mit 96.41 Terawattstunden oder 45.42% des Endverbrauchs den grössten Anteil des gesamten Verbrauchs aus. Im Vergleich dazu macht Gas nur 28.33 Terawattstunden oder 13.35% des Gesamtverbrauchs aus. Momentan wird das Schweizer Gas über Plattformen in der EU importiert.



Diese Energiequellen spielen eine wesentliche Rolle bei der Überbrückung in die Energiewende. Gemäss Bundesdaten hat sich die Schweiz im Zuge der Umstellung auf das ES-2050-Ziel bereits von einem Netto-Stromexporteur im Sommer zu einem Netto-Stromimporteur im Winter entwickelt, mit Nettoimporten von 5,7 Milliarden Kilowattstunden im ersten und vierten Quartal (aufgrund der geringen Kapazität der Wasserkraft im Winter - siehe Abschnitt über Kernenergie weiter unten). Der Bund ist sogar bereit, weitere gas- oder ölbefeuerte Kombikraftwerke einzuführen (die derzeit für 9 % der Energieproduktion verantwortlich sind,

aber noch weiter steigen werden, wenn keine anderen Optionen verfügbar sind). Trotz der hohen Ambitionen der ES 2050 in Bezug auf «sauberen Strom» geht mindestens [ein IEA-Bericht](#) davon aus, dass die Schweiz aufgrund ihrer Klimaziele mehr und nicht weniger fossile Brennstoffe importieren wird.

Daher ist jeder Plan zur Energieautarkie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Um den gesamten Energiebedarf im Inland zu decken, müsste die grosse Energielücke von 95,81 Terawattstunden geschlossen werden, was den Durchschnittskonsumenten Dutzende Milliarden Schweizer Franken kosten würde, nur um ineffizienten und umweltschädlicheren Strom zu erzeugen, als wenn man erschwingliche, qualitativ hochwertigere Produkte im Ausland kauft.

Schweizer Inlandsproduktion

Der restliche Gesamtenergieverbrauch stammt aus der heimischen Produktion. 56,8 % der gesamten inländischen Energieerzeugung stammen aus den 682 Wasserkraftwerken und 220 Staudämmen des Landes (die Schweiz hat die höchste Dichte an Staudämmen weltweit). Weitere 34 % des Gesamtenergieverbrauchs werden durch Kernenergie erzeugt. Der Rest besteht aus einer Mischung aus erneuerbaren Energien (Festholzbrennstoffe, Biokraftstoffe für den Transport, Wind- und Solaranlagen) und einer Reihe konventioneller Wärmekraftwerke. 90% aller Energieversorger sind im Besitz des Staates auf verschiedenen föderalen Ebenen, entweder vollständig oder als Mehrheitsaktionär des Unternehmens, wobei die Infrastruktur durch umfangreiche Subventionen unterstützt wird (z. B. 1,3 Milliarden Schweizer Franken für erneuerbare Wärmeversorgung, Gebäudesysteme und den Bau von Netzen, usw.). Anstatt eine Vielfalt an Optionen zu fördern, dürfen normale Konsumenten keinen anderen als ihren lokalen Versorger wählen, [einzig Grossverbraucher \(ab 100'000 Kilowattstunden pro Jahr\) können seit 2009 ihren Anbieter frei wählen.](#)

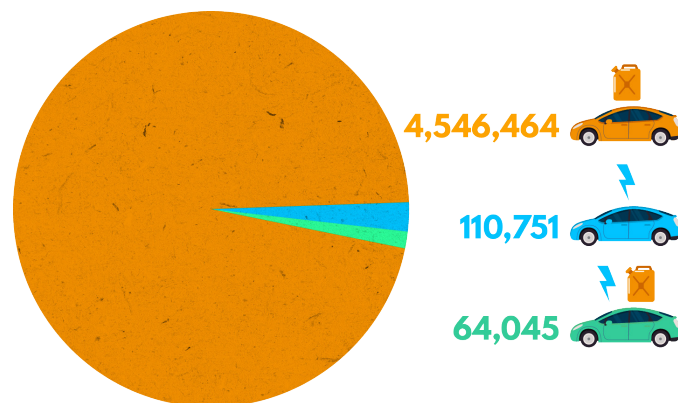
Angebot und Nachfrage bestimmen nicht allein die Preise, wie sie es eigentlich machen sollten. Preise fungieren eher als Stromtarife, die Gemeinden auf der Grundlage von Energie, Übertragung, Netzgebühren, CO₂-Steuern und Preisobergrenzen berechnen. Die Produzenten müssen den Kantonen und Gemeinden hohe Netzgebühren zahlen. Ausserdem gibt es eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffe wie Heizöl und Erdgas, abzüglich ihrer Verwendung im Transportwesen, um die Nutzung fossiler Brennstoffe zu verhindern. Die Abgabe wird automatisch nach oben angepasst,

wenn die Schweiz ihre Klimaziele nicht rechtzeitig erreicht. Die hohen Netzgebühren und die CO₂-Abgabe sollen teilweise die teuren Subventionen decken. Allen Konsumenten ist der Zugang zum Netz gesetzlich garantiert, die Regierung verspricht Mindeststrommengen und «faire Preise».

Energie in der Mobilität

Ein Bereich, der die Mängel dieser Mentalität perfekt verdeutlicht, ist die Auto- und Verkehrspolitik. Getreu seinen Verpflichtungen hat der Schweizer Staat sein Bestes getan, um die Einführung von Elektrofahrzeugen (EVs) zu fördern, da er davon ausgeht, dass die Konsumenten diese Technologie trotz ihres enormen Umweltpotenzials zu wenig schätzen. Die Gemeinden haben die Motorfahrzeug-Steuer für Elektrofahrzeuge gänzlich erlassen und sie von der Mehrwertsteuer von 7,7 % befreit. Kantone wie Bern gewähren Infrastrukturzuschüsse (20.000 Franken pro Ladestation und 60.000 Franken für jeden Standort) und Basel-Stadt erstattet 20% des Kaufpreises reiner Elektrofahrzeuge. Umgekehrt erhebt die Regierung eine Mineralölsteuer von 76,82 Schweizer Rappen pro Liter für bleifreies Benzin und 79,57 Rappen pro Liter für Diesel.

Trotz dieser Bemühungen greifen die Schweizer nur langsam zu bei Elektrofahrzeugen. Nur 110.751 Autos im Jahr 2022 waren Elektrofahrzeuge und lediglich 64.045 waren Hybride - eine kleine Zahl im Vergleich zum Gesamtbestand von 4.721.280 Autos.



Neue treibstoffeffiziente Technologien haben die Umweltverschmutzung in der Schweiz mehr reduziert als jeder staatliche

Plan. Ein Beispiel ist die Zunahme von Biokraftstoffen (wie Bioethanol, Biodiesel, pflanzliches und tierisches Öl), die unabhängig oder gemischt mit fossilen Brennstoffen verwendet werden und insgesamt 3,2 % des Energieverbrauchs [im Verkehrssektor ausmachen](#). Ein weiterer Fall ist die erhöhte Effizienz konventioneller Motoren. Dieselmotoren können heute [42% der durch die Verbrennung erzeugten Kraftstoffe](#) in Motorleistung umwandeln (im Vergleich zu 36% der Leistung in den 1960er Jahren), während Benzinmotoren [einen Wirkungsgrad von 35%](#) erreichen können. Zusammen haben diese Technologien dazu beigetragen, den Anteil der Schweiz an den globalen Kohlenstoffemissionen auf [lediglich 0,09 %](#) zu senken.

Im Gegensatz dazu wird die Subventionierung von Elektrofahrzeugen zur Erfüllung der Klimaziele unbeabsichtigte negative Folgen haben. Einerseits führt die Ermutigung von Unternehmen, mehr Autos zu produzieren, als dies unter normalen Marktbedingungen der Fall wäre, zu Energieineffizienzen und Schwachstellen. Schliesslich benötigen auch die Ladestationen hinter Plug-in-Elektrofahrzeugen reguläre Kraftstoffquellen. Ironischerweise würde die künstliche Masseneinführung von Elektrofahrzeugen die Nachfrage der Schweizer Verbraucher nach Erdgas drastisch über die Speicherkapazität oder die verfügbaren Importe des aktuellen Systems hinaus erhöhen (vergleichbar mit dem 20-prozentigen Anstieg der Erdgasnachfrage in den Vereinigten Staaten, der in [einem McKinsey-Bericht aus dem Jahr 2018](#) hervorgehoben wird). Angesichts der plötzlichen und schwerwiegenden Gasknappheit Ende 2022 [plante der Bundesrat sogar, den Einsatz von Elektrofahrzeugen einzuschränken](#), sofern diese nicht dringend benötigt werden. Anstatt reichlich saubere Energie zu erzeugen, führen Subventionen dazu, dass die Konsument-

en energiearm und belastet werden.

Selbstverständlich steht keiner dieser Punkte im Widerspruch zu den positiven Aspekten von Elektrofahrzeugen, wie der Eliminierung sämtlicher aktiver Emissionen. Sich im Rahmen der nationalen Verkehrspolitik ausschliesslich auf Elektrofahrzeuge zu verlassen, ist jedoch falsch. Bundesrat und Parlament sollten die Wünsche der Konsumenten als den effizienteren energiebilanzierten Weg respektieren und auf die Förderung einer bestimmten Technologie verzichten.

An Kernkraft festhalten

Die Schweizer Energiestrategie sieht den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie vor. Die Schweiz hatte bereits [2019 einen ihrer Kernreaktoren](#) abgeschaltet. Nach der Verabschiedung der ES 2050 erhalten keine neuen Kraftwerke eine Betriebsgenehmigung und das Land wird die verbleibenden vier Reaktoren – zwei Druckwasserstationen in [Beznau](#), einen weiteren in [Gösgen](#) und einen Siedewasserreaktor in [Z](#) – am Ende ihrer Betriebsdauer abschalten. Geht man von einer durchschnittlichen Betriebsdauer von 60 Jahren aus ([die Schätzung der IEA](#) basiert auf ähnlichen US-Anlagen), werden alle Reaktoren bis 2044 offline sein.

Entgegen allgemeinen Befürchtungen weist die Kernenergie in der Schweiz eine makellose Sicherheitsbilanz auf: Die Reaktoren des Landes bestehen alle Stresstests für Naturkatastrophenszenarien im Rahmen der [Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit](#).

Kernenergie macht auch einen grossen Anteil der Energieerzeugung des Landes aus. Der Durchschnitt schwankt um [28,8 %](#), und Kernkraft macht im Winter (wenn die Nachfrage am höchsten ist) [45 % der gesamten heimischen Energie](#) aus. Die Anlagen verbrauchen jährlich zwischen [250 und 350 Tonnen](#) Uran, was etwa einem Drittel der gesamten Betriebskosten entspricht. Selbst unter der Annahme des unrealistischen Szenarios, dass

die Stromnachfrage gleichbleibt, geht die IEA davon aus, dass durch die Abschaltung der Kernreaktoren eine jährliche Lücke in der Energieproduktion von 20 Terawattstunden verbleibt. Diese Versorgungslücke muss durch eine gleichwertige Energiequelle ersetzt werden.

Angeblich liegt die Antwort in mehr Investitionen in erneuerbare Energien. Die [ES 2050 sieht](#) Einspeisetarife, einen garantierten über dem Marktpreis liegenden Preis für Erzeuger erneuerbarer Energien und Investitionshilfen für kleine Photovoltaikanlagen vor, um den Umstieg auf grüne Alternativen zu fördern.

Dennoch ist der Plan nicht realistisch und sehr kostspielig. Bei den erneuerbaren Energien liegt die Schweiz dank der Wasserkraft [weltweit auf dem 14-](#) Platz. Daher sind die politischen Entscheidungsträger davon überzeugt, dass Wasserkraftwerke mehr als ausreichen, um den Mangel an Kernkraft zu kompensieren. Allerdings ist Wasserkraft im Winter weniger effektiv und kann realistischerweise [nur um eine zusätzliche TWh/Jahr gesteigert werden](#).

Auch bei anderen erneuerbaren Systemen mangelt es kläglich. Einerseits ist ihr Angebot deutlich geringer als bei der Wasserkraft. Damit liegt die Schweiz bei der Windenergie unter den IEA-Mitgliedern auf dem vorletzten Platz. Noch weniger beeindruckend ist die Leistung von Solarparks. Es überrascht nicht, dass die erneuerbaren Energien die ihnen gesetzten Ziele durchweg nicht erreicht haben – die Schweizer Politik hoffte,

dass erneuerbare Energien ohne Wasserkraft bis 2035 11,4 Terawattstunden erzeugen würden. Dennoch lieferten sie gerade einmal mickrige [3,2 Terawattstunden \(1,2 Terawattstunden weniger als das Ziel für 2020\)](#).

Nicht zuletzt führt der Fall Deutschland vor Augen, dass die Kernenergie eine Grundlast liefert, mit der erneuerbare Energien nicht mithalten können. [Am 15. April 2023](#) hat Deutschland beschlossen, seine drei verbleibenden Kernreaktoren Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 2 abzuschalten. Weit davon entfernt, ein umweltfreundlicheres Ergebnis einzuläuten, ermöglichen die Schliessungen vielmehr, dass die Kohle nun einen Anteil von [einem Drittel der deutschen Stromerzeugung](#) ausmacht. Gleichzeitig blieben die erneuerbaren Energien weiterhin [hinter](#) dem äusserst optimistischen Ziel der deutschen Bundesregierung zurück, 80 % des gesamten Stroms aus grünen Quellen zu erzeugen. Die Entscheidung hat dazu geführt, dass deutsche Haushalte Energieproblemen stärker ausgesetzt sind, als sie hätten sein können, da jeder Haushalt [0,3279 Euro pro Kilowattstunde](#) zahlen muss. Aufgrund von Preisobergrenzen für Haushaltsgas und vorübergehenden Kraftstoffpreisanlässen, die der Steuerzahler zahlt, sind weitere Anstiege der deutschen Energiepreise noch nicht vollständig bei den Verbrauchern angekommen. Die Schweizer Politik sollte aus der Lektion Deutschlands lernen und nicht selbst denselben Fehler machen.

Fazit: Technologieneutralität ist der Schlüssel

In der aktuellen Debatte wird zu oft die Dekarbonisierung der Energieversorgung als Priorität genannt. Wie unser Bericht verdeutlicht, sollte die Politik den Mehrkosten für Konsumenten und den negativen Auswirkungen ihrer Entscheide auf die Wettbewerbsfähigkeit inländischer Industrien mehr Aufmerksamkeit schenken. Für Entscheidungsträger in der Schweiz soll Deutschland der Kanarienvogel im Kohlebergwerk sein: Deutschlands engstirniger Ansatz bei der Auswahl «zukünftiger» und «für den Wandel benötigter» Energiequellen war nicht geeignet, externe Schocks wie die aktuelle russische Invasion in der Ukraine aufzufangen und sich darauf einzustellen. Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat unter dieser präskriptiven Energiepolitik massiv gelitten. Allein im Jahr 2022 ging die Chemieproduktion [um 10 % zurück](#), und grosse Unternehmen wie BASF planen, immer mehr Fabriken nach China und in die USA zu verlagern. Die Schweiz sollte einen anderen Weg als Deutschland einschlagen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit fördern, was mehr Investitionen anziehen könnte, anstatt Produktionsstandorte an China und die USA zu verlieren, was letztlich zu einer schleichenden Deindustrialisierung des Arbeitsplatzes Schweiz durch eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einem Wohlstandsverlust führt.

Anstelle des starren alten Modells empfiehlt das Consumer Choice Center den politischen Entscheidungsträgern in der Schweiz, eine dynamische Mentalität anzunehmen, die sich auf den Marktprozess von Preisen und Gewinnen und Verlusten, Technologieoffen-

heit, Resilienz und Fortschritt durch Verbraucherentscheidungen konzentriert.

Technologieneutralität und Offenheit sind wesentliche Leitlinien für eine erfolgreiche Politik. Die in diesem Text festgestellten Versäumnisse zeigen, dass es vermessend ist, konkrete Planziele festzulegen, bis wann ein bestimmter Energieträger überhaupt «auslaufen» soll. Technologische Innovation und Wahlmöglichkeiten durch marktbasierende Preissignale sind die Lösungen für a) Energiesicherheit und b) die Bereitstellung sowohl vielversprechender als auch wirtschaftlicher Energiequellen.



- In der Praxis sollten Entscheidungsträger den Versuch vermeiden, mit fossilen Brennstoffen betriebene Autos, Heizungen und Kernenergie abzuschaffen. Sie sollten die Entscheidung, alle vier verbleibenden Kernkraftwerke abzuschalten, rückgängig machen, mit der Vergabe von Lizenzen für neue Kraftwerke beginnen und die Entwicklung vielversprechender Durchbrüche in der Kernenergie, wie etwa kleiner modularer Reaktoren, unterstützen. Darüber hinaus sollten sie verbrauchsverzerrende Steuern wie Kraftstoffverbrauchssteuern und Subventionen für Elektrofahrzeuge auf Autos abschaffen.

Unser Vorschlag sieht vor, dass die Nichtdiskriminierung einzelner Technologien die beste Lösung für Energiesicherheit in der Schweiz ist.

- Im Hinblick auf Importe empfehlen wir eine Diversifizierung der Energiebeschaffung, um die Schweiz widerstandsfähiger gegenüber externen Angebotsschocks zu machen. Auf diese Weise kann die Bedeutung von Öllieferanten wie den USA, Nigeria, Libyen oder Kasachstan aufgrund geopolitischer Faktoren und ihrer Innenpolitik (OPEC-Produktion, Unfälle in bedeutenden Raffinerien und politische Risiken) steigen oder fallen, ohne dass dies Auswirkungen auf die Energiesicherheit in der Schweiz hat.

Wir sind zuversichtlich, dass eine solche Marktoffenheit mittel- bis langfristig zu günstigerer, saubererer und reichlicher vorhandener Energie führen wird. Die Geschichte des Fortschritts hat gezeigt, dass ein solcher Wandel nicht geplant werden kann und Zeitpläne nicht klar definiert werden können und sollten. So wie es keinen Zeitplan dafür gab, wie lange das Auto brauchen würde, um die Pferdekutsche zu ersetzen, oder die E-Mail, um den Brief zu ersetzen, wird es keinen Zeitplan geben, um die Schweiz emissionsfrei zu machen; Konsumenten und nicht selbsternannte natürliche Monopole können diese Änderung herbeiführen.

ABOUT THE AUTHORS

Emil Panzaru



Emil Panzaru ist Forschungsleiter des Consumer Choice Center. Er verteidigte seinen Dokortitel in politischer Ökonomie (Forschung) am King's College London im Jahr 2022 erfolgreich.

Vor seiner CCC Tätigkeit war Emil Lehrassistent am King's College London, wo er Studenten zu aktuellen Themen an der Schnittstelle von Politik, Philosophie und Wirtschaft unterrichtete. Außerdem war er Frederic Bastiat Fellow und Research Fellow am Mercatus Center der George Mason University, wo er an der Veröffentlichung von Publikationen und der akademischen Forschung über Anreize, Wissen und öffentliche Politik mitwirkte.

Frédéric Jollien



Frédéric Jollien, ist der Schweizer Policy Fellow beim Consumer Choice Center. Er hat die letzten fünfzehn Jahre damit verbracht, den freien Markt und die individuelle Freiheit in der Schweiz in verschiedenen Organisationen zu fördern.

Als studierter Wirtschaftswissenschaftler interessiert er sich besonders für die Entwicklung von Finanztechnologien (Fintech) und den Einsatz von Kryptographie zur Erhöhung der finanziellen Freiheit. Er interessiert sich auch für Energie, Verkehr und die Verbesserung des Schweizer Gesundheitssystems.

Frederik Roeder



Fred Roeder ist mit Leib und Seele Verbraucherschützer. Er engagiert sich seit über zehn Jahren im Graswurzel-Aktivismus. Er ist Gesundheitsökonom aus Deutschland und hat bei Gesundheitsreformen in Nordamerika und Europa mitgewirkt. Eine seiner Leidenschaften ist es, zu analysieren, wie neue Industrien und Technologien den Verbrauchern mehr Auswahl zu niedrigeren Kosten ermöglichen. Außerdem erforscht er, wie Innovationen unser Leben verbessern.

Fred interessiert sich für die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher und regulatorische Trends in den folgenden Branchen: Konsumgüter, Gesundheitswesen, Sharing Economy, Fluggesellschaften.

Bill Wirtz



Bill Wirtz ist leitender politischer Analyst für das Consumer Choice Center.

Er arbeitet auch als Journalist und Kommentator und veröffentlicht in mehreren Sprachen und in großen europäischen Zeitungen, darunter Le Monde, Die Welt und die Times. Beim CCC konzentrierte sich Bill auf die Themen neue Technologien, Landwirtschaft, Handel und Lifestyle-Vorschriften.

Luca Bertoletti



Luca Bertoletti schloss im Dezember 2014 sein Studium der Politikwissenschaften an der Universität Mailand ab. Er arbeitete als Wirtschaftsanalyst für die italienische Zeitschrift *The Fielder* in Mailand und als Think Thank Coordinator für einen Think Tank in Wien (Österreich).

Er ist Fellow des Competere Institute in Rom, Kolumnist für *Atlantico Quotidiano* und sitzt im wissenschaftlichen Beirat von *New Direction Italia*. Er publizierte in der *New York Times*, *Radio RAI*, *RAI 1*, *El Economista*, *The National* und vielen anderen Zeitungen berichtet.



CONSUMER
CHOICE
CENTER

info@consumerchoicecenter.org
www.consumerchoicecenter.org

700 12th St N.W Suite 700 PMB 94982
Washington, DC 20005